

Inhaltsverzeichnis

01	Global Forum: die Schweiz tritt zur Phase 2 über « <i>Supplementary Peer Review Report: Phase 1</i> »	2
02	OECD-Wachstumsbericht: Strukturreformen unverzichtbar – auch in der Schweiz « <i>Economic Policy Reforms: Going for Growth</i> »	3
03	Fesselnde Kartografie einer komplexen Region « <i>An Atlas of the Sahara-Sahel: Geography, Economics and Security</i> »	4
04	Länderübergreifende Korruption: den «Feind» besser bekämpfen « <i>OECD Foreign Bribery Report</i> »	5
05	Alterung und öffentliche Ausgaben: die kommenden Herausforderungen « <i>OECD Pensions Outlook 2014</i> »	6
06	Stark gesunkene Gesundheitsausgaben in der Wirtschaftskrise « <i>Health at a Glance: Europe 2014</i> »	7
07	Digitale Wirtschaft: ein Graben zwischen Generationen und geografischen Zonen « <i>Measuring the Digital Economy - A New Perspective</i> »	8
08	Weitere Publikationen	9
09	OECD Kalender	9

01. Global Forum: die Schweiz tritt zur Phase 2 über «Supplementary Peer Review Report: Phase 1»

Das Global Forum über Transparenz und Informationsaustausch zu Steuerzwecken (Global Forum) ist ein multilaterales Gremium, an welchem heute 126 Jurisdiktionen teilnehmen. Im Jahr 2000 gegründet, wurde es 2009 anschliessend an die Aufforderung der G20-Staaten zu mehr Steuertransparenz reformiert. Alle Mitglieder des Global Forum, einschliesslich aller OECD- und G20-Staaten, haben sich verpflichtet, die innerhalb der OECD festgelegten Normen betreffend Transparenz und Informationsaustausch zu übernehmen. Die Schweiz nimmt seit 2009 am Global Forum teil und ist sowohl im **Direktionskomitee** als auch in der **Gruppe der Länderüberprüfungen** (Peer Review Group) vertreten.

Die Länderüberprüfung – oder Peer Review – ist die Kerntätigkeit des Global Forum. Ziel dieser Überprüfungen ist es, die Umsetzung der OECD-Normen im Bereich des Informationsaustauschs zu Steuerzwecken sicherzustellen und eine einheitliche Anwendung dieser Normen zu gewährleisten. Die gegenwärtig überprüfte Norm definiert den Informationsaustausch auf Anfrage unter Ausschluss grundlagenloser Nachforschungen (sog. «*fishing expeditions*»). In Phase 1 des Überprüfungsprozesses wird untersucht, ob die vorhandenen rechtlichen und gesetzlichen Grundlagen der Mitglieder des Global Forum mit der OECD-Norm übereinstimmen. In Phase 2 wird die konkrete Umsetzung des rechtlichen und regulatorischen Dispositivs beurteilt.

Der Übergang der Schweiz in die zweite Prüfrunde wurde im Juni 2011 an gewisse Bedingungen geknüpft. Die grössten Hindernisse waren das unzureichende Netzwerk von Abkommen zum Informationsaustausch, das Fehlen einer Ausnahmeregelung zur Notifikation der von einer Anfrage betroffenen Personen sowie die von Inhaberaktien ausgehende mangelnde Identifikationsmöglichkeit von Steuerpflichtigen. Aufgrund der seit 2011 von der Schweiz getroffenen Reformen konnte ein **zusätzlicher Bericht** erstellt werden, welcher nun im März 2015 vom Global Forum genehmigt wurde. Mit diesem anerkennt das Global Forum die erzielten Fortschritte der Schweiz und gewährt ihr die Zulassung zu Phase 2. Die Vergrösserung des Netzes von Abkommen zum Austausch von Informationen sowie eine Revision des **Steueramtshilfegesetzes** (StAHiG), welche eine Ausnahme zur Notifikationspflicht enthält, waren ausschlaggebende Elemente des Entscheids. Die Phase 2 der Länderüberprüfung sollte in der zweiten Hälfte von 2015 beginnen und im Sommer 2016 mit der Verabschiedung des Berichts abgeschlossen werden. Die Schweiz wird dann eine Endnote zur Qualität ihrer Steueramtshilfe im Bereich des Informationsaustauschs auf Anfrage erhalten.

> Inhaltsverzeichnis

Kürzliche und kommende Entwicklungen



02. OECD-Wachstumsbericht: Strukturreformen unverzichtbar – auch in der Schweiz «Economic Policy Reforms: Going for Growth»

Nach einem anfänglichen Elan liess der Reformeifer der meisten OECD-Länder nach der Finanzkrise in den letzten zwei Jahren deutlich nach. Gemäss der jüngsten Ausgabe des OECD-Wachstumsberichts trifft dies selbst für Länder wie Griechenland, Irland, Portugal und Spanien zu, die von der Krise am meisten erschüttert wurden und deshalb besonders stark unter Reformdruck standen. Auffallend gering war der Reformeifer hingegen speziell in den Kernländern der Eurozone sowie in den skandinavischen Ländern. Auch die Schweiz kann man dieser Gruppe zuordnen.

Speziell untersucht wird, wie sich die Strukturreformen auf die Verminderung der Einkommensungleichheit auswirken. Wenn alle von den Reformen und vom Wachstum profitieren sollen, müssten dem Bericht zufolge Beschäftigungshindernisse für jene Gruppen gesenkt werden, die in vielen Ländern heute noch Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt haben: Frauen, junge und ältere Arbeitnehmer sowie Stellessuchende mit geringer Qualifikation.

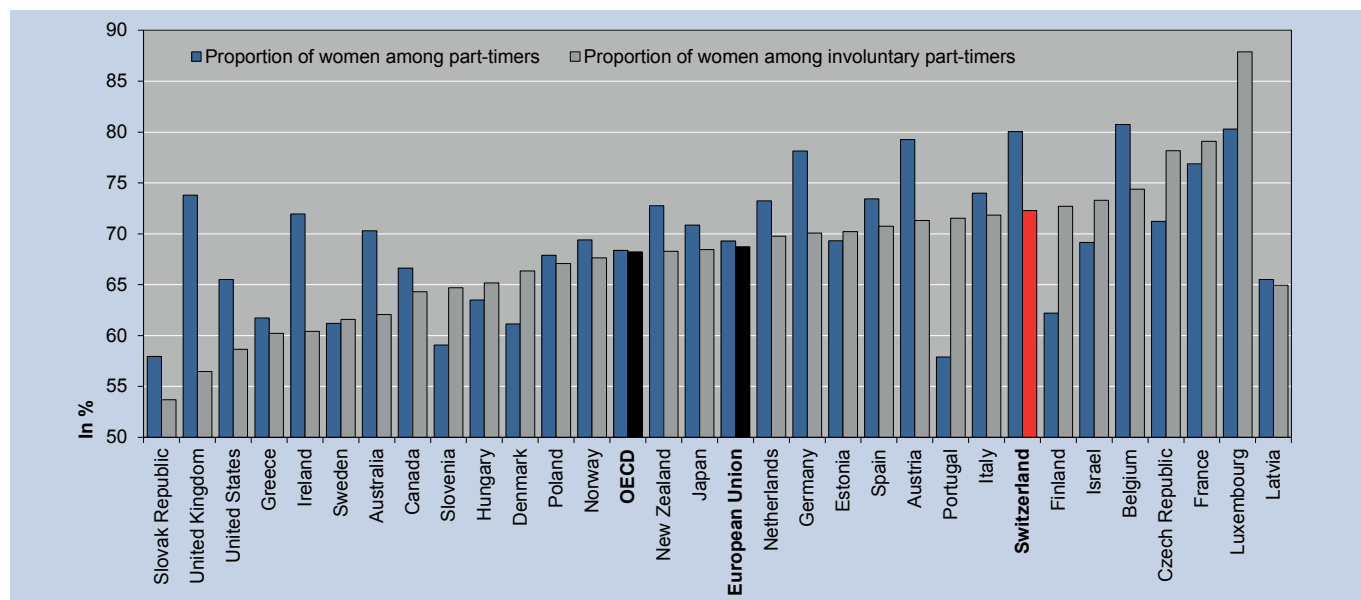
In diesem Bereich macht der Bericht auch einen Handlungsbedarf für die Schweiz aus. Zwar brüstet diese sich gern – nicht ganz zu Unrecht – mit einem im internationalen Vergleich sehr hohen Beschäftigungsanteil der Frauen. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber, dass diese überwiegend Teilzeit arbeiten (siehe Grafik). Vor allem die von Müttern und verheirateten Frauen erbrachten Arbeits-

stunden liegen deutlich unter dem OECD-Durchschnitt. Damit auch die Frauen vermehrt Aussicht auf Vollzeitstellen haben, empfiehlt die OECD die Abschaffung der «Heirats-Strafsteuer». Am effizientesten wäre es, dazu die Familienbesteuerung durch die individuelle Veranlagung zu ersetzen, damit sich Zweiteinkommen besser lohnen. Zudem brauche es eine Zunahme und einer Verbesserung der Angebote der Kinderbetreuung ausserhalb der normalen Schulzeiten.

Generell empfiehlt der Bericht der Schweiz, die fiskalische Belastung von den direkten Steuern zu den indirekten Steuern – das heisst konkret zur Mehrwertsteuer – zu verschieben und dabei gleich die Ausnahmeregelungen in der Konsumsteuer abzuschaffen. In diesem Zusammenhang kommt eine andere interessante OECD-Publikation «*The Distributional Effects of Consumption Taxes in OECD Countries*» zum Schluss, dass reduzierte Mehrwertsteuersätze lediglich bei einer beschränkten Kategorie wie Grundnahrungsmittel den niedrigen Einkommensschichten zugute kommen. Bei Kulturgütern (Bücher, Kino, Theater und Konzerte), Hotelübernachtungen oder Restaurantbesuchen dagegen profitieren letztlich nur die Reichen.

> Inhaltsverzeichnis

Part-time work is widespread among women (2013 values)



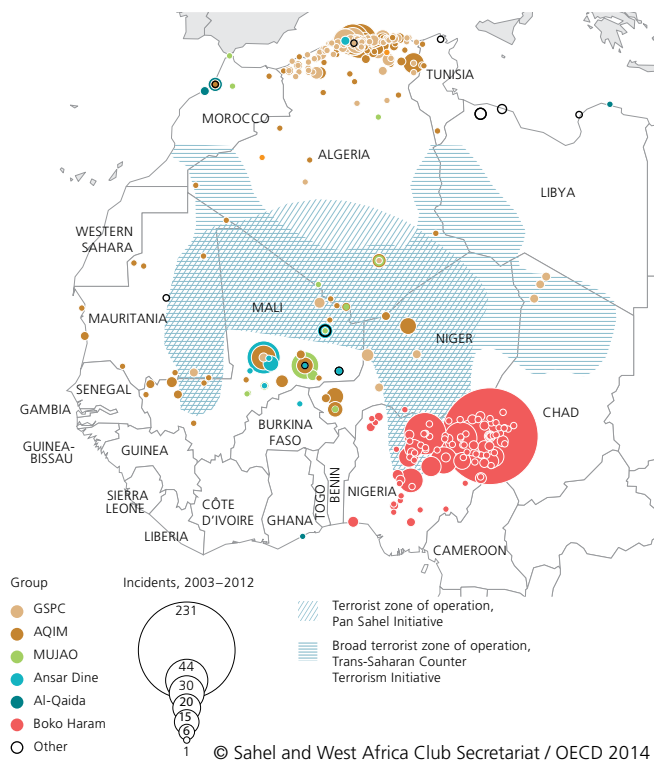
03. Fesselnde Kartografie einer komplexen Region «An Atlas of the Sahara-Sahel: Geography, Economics and Security»

Im Rahmen des «Sahara and West Africa Club (SWAC)» ist ein Atlas entstanden, der zu einem Zeitpunkt erscheint, an dem die Region Sahara-Sahel wegen ihrer Instabilität erneut in der Aktualität steht – Boko Haram ist dafür nur eine Illustration. Wer in den Siebzigerjahren Zeitungen gelesen hat, erinnert sich noch an Reportagen über die Dürre im Sahel. Damit wurde dieser Name für den Südrand der Sahara auch in Europa erstmals allgemein bekannt. Seither wurde gelegentlich von Entführungen berichtet, man hat diese Ereignisse jedoch eher als Episoden wahrgenommen. Mit den Konflikten in Mali und Libyen hat sich die Krise ausgeweitet und ein neues Niveau der Gewalt erreicht (siehe Karte).

Der Atlas ist aber weit mehr als eine Darstellung von Konflikten und Sicherheitsfragen. Diesen ist der letzte Drittel der Publikation gewidmet. Dank der Recherchen von Experten liefert er auch eine breit angelegte Analyse und eine sehr lesenswerte aktuelle Darstellung der geografischen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenhänge und Entwicklungen. Im Fokus stehen acht Länder (Algerien, Libyen, Tschad, Niger, Mali, Mauretanien, Marokko und Tunesien); es werden aber auch Erkenntnisse vermittelt, die über die Kernzone des Sahara-Sahel-Raums hinausgehen. Historisch brachten die wichtigen Handelsrouten in dieser Region Nordafrika und die Gesellschaften südlich der Sahara in einen Austausch miteinander. Erst mit der Kolonialisierung wuchs die Fragmentierung. Grenzüberschreitende soziale und politische Netzwerke haben jedoch überdauert - sie spielen auch heute noch eine zentrale Rolle beim Schmuggel, Waffen- und Menschenhandel. Die territoriale Beweglichkeit in der Organisation krimineller und islamistischer Gruppen ist über die Region hinaus zu einem internationalen Sicherheitsproblem geworden.

Die Autoren sehen in der stärkeren regionalen Integration und der Wiederbelebung der grenzüberschreitenden

Location of incidents by terrorist groups, 2003 - 2012



Handelsbeziehungen und Kooperation einen Schlüssel zur Problemlösung. Gerade im Bereich der Sicherheit erscheint das evident. Für die Erarbeitung einer darüber hinausgehenden politischen Strategie liefert der Atlas zudem wertvolle Informationen und Anstöße. Mit nicht weniger als 105 Karten erlaubt er im Übrigen eine packende «visuelle Lektüre».

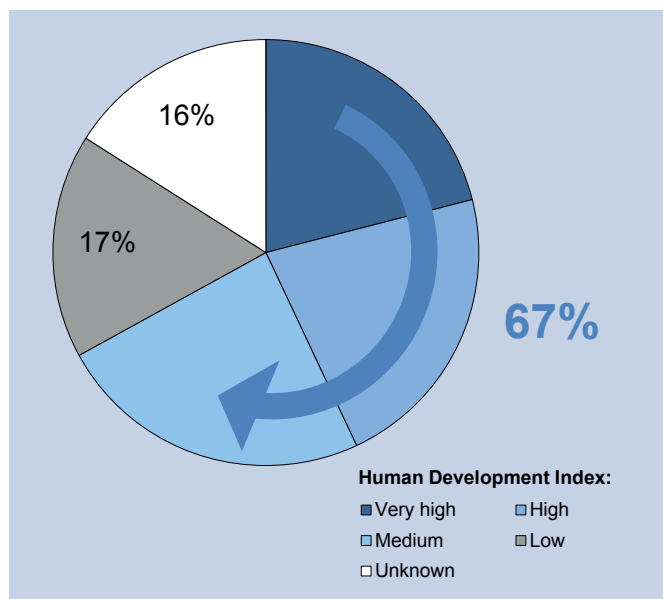
> Inhaltsverzeichnis

04. Länderübergreifende Korruption: den «Feind» besser bekämpfen «OECD Foreign Bribery Report»

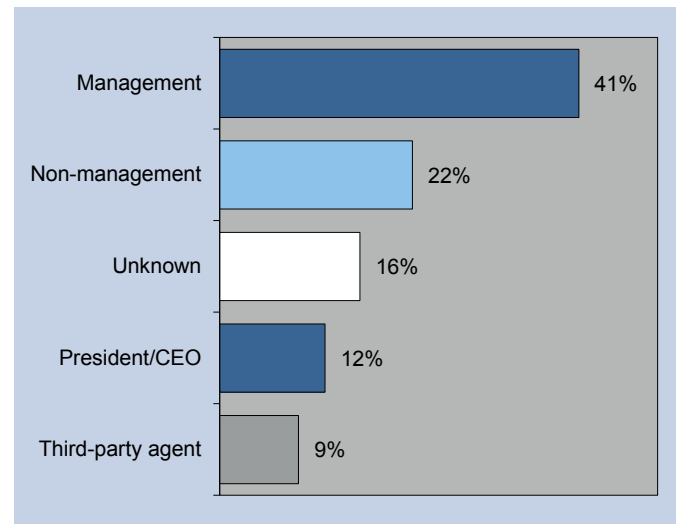
Die OECD verfügt über ein ganzes Arsenal an juristischen Instrumenten und Empfehlungen für den Kampf gegen die länderübergreifende Korruption. Dazu gehört die OECD-Konvention gegen die Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr. Diese stellt heute den Eckpfeiler bei den Anstrengungen der OECD dar. Mit der Veröffentlichung der ersten Ausgabe des «*OECD Foreign Bribery Report*», in dem sie das Ausmass der internationalen Korruption enthüllt, unterstreicht die Organisation ihren Willen, in diesem Bereich eine führende Stellung einzunehmen.

Die Analyse von 400 Korruptionsfällen, die seit dem Inkrafttreten der Antikorruptionskonvention von 1999 in der Welt registriert wurden, an denen in 41 Unterzeichnerstaaten sowohl juristische wie natürliche Personen beteiligt waren, bestätigt eine Reihe von bekannter Informationen; sie liefert aber auch neue Elemente zur besseren Einschätzung des Phänomens. So wird unter anderem der vorgefassten Meinung widersprochen, die Korruption sei hauptsächlich ein Problem von Entwicklungsländern. In Wirklichkeit würden zwei Drittel der Bestechungsgelder an ausländische Amtsträger in Ländern mit einem hohen menschlichen Entwicklungsgrad IDH (siehe Grafik unten) bezahlt. Eine weitere interessante Enthüllung: in

Two-thirds of bribes were paid to officials in countries higher on the UN Human Development Index



Senior management was involved in over 50% of cases between 2/1999 and 6/2014



einer Mehrheit der Fälle (53%) erfolgte die Bestechung mit Wissen und Billigung der Unternehmensführungen (siehe Grafik oben). Das widerlegt die Vorstellung, wonach die Bestechung vor allem auf das Konto «skrupelloser Beschäftigten» gehe.

Laut dem Bericht sind in Korruptionsfällen die Industrie der Rohstoffförderung, die Bauwirtschaft, der Transport und die Lagerhaltung sowie die Information und Kommunikation am stärksten betroffen. Das Hauptmotiv bei der Zahlung von Bestechungsgeldern bestehe in der Erlangung öffentlicher Aufträge.

Was kann man jetzt mit diesen Informationen anfangen? Oder mit den Worten des OECD-Generalsekretärs: Wie können sie genutzt werden, um den «Feind» zu bekämpfen? Die Erkenntnisse des Berichts sollten laut OECD den Druck auf die Staaten erhöhen, damit diese ihre Gesetzgebung im Kampf gegen die länderübergreifende Korruption verstärken und dafür sorgen, dass die für diese Verstösse verhängten Strafen wirksam, angemessen und abschreckend sind. Die Massnahmen, die in dieser Richtung empfohlen werden, reichen von der Verschärfung der Strafen über die Publikation aussergerichtlicher Einigungen bis hin zum verstärkten Schutz der «*Whistleblower*».

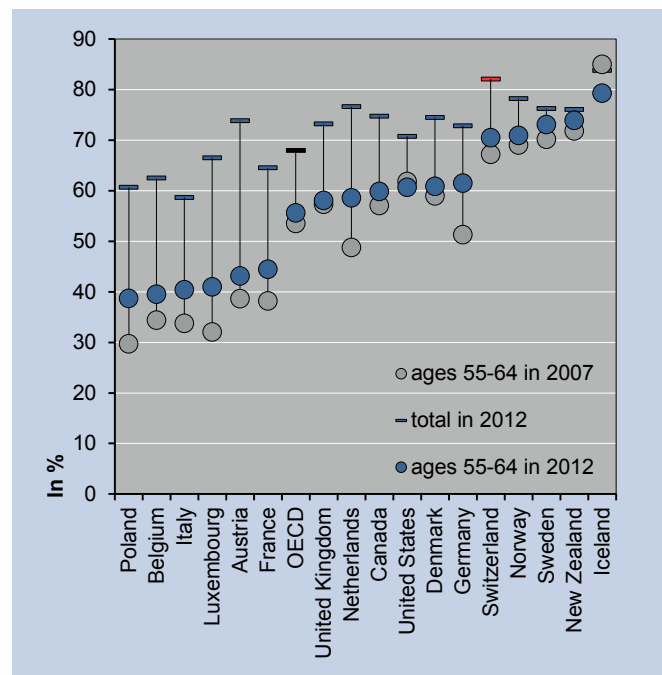
> Inhaltsverzeichnis

05. Alterung und öffentliche Ausgaben: die kommenden Herausforderungen «OECD Pensions Outlook 2014»

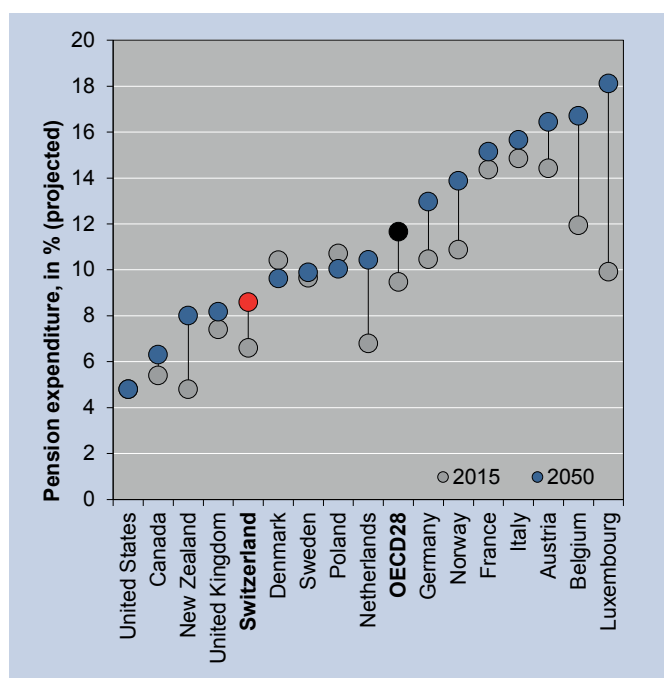
Der Bericht «Pensions Outlook 2014» erklärt, wie die fortschreitende Alterung der Bevölkerung in fast allen Ländern eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben für die Pensionen zur Folge haben wird. Nur Dänemark und Polen dürften bis 2050 einen leichten Rückgang verzeichnen. Die Schweiz glänzt durch einen relativ niedrigen prozentualen BIP-Anteil der öffentlichen Ausgaben für die Altersrenten, auch wenn bis 2050 dieser Anteil voraussichtlich um zwei Prozentpunkte steigen dürfte (siehe Grafik unten). Vergleicht man aber die Last dieser Ausgaben mit den öffentlichen Gesamtausgaben, liegt die Schweiz mit 19.5% über dem OECD-Durchschnitt (18%). Das Minimum hat Island bei 4.5%, und den Höchstwert Italien mit 31.9%.

Wie mehrere kürzliche Studien belegt haben, profitiert die Schweiz weiterhin von ihrem gut funktionierenden Arbeitsmarkt. Der Beschäftigungsgrad der Älteren (55-64 Jahre) bleibt im internationalen Vergleich sehr hoch (siehe Grafik rechts), auch wenn er unter demjenigen der Gesamtbevölkerung liegt. Die Schweiz gehört somit zusammen mit den skandinavischen Ländern und Neuseeland zur Spitzengruppe. Bemerkenswert ist auch, dass dieser Beschäftigungsgrad ähnlich wie in den meisten OECD-

Employment rate of workers aged 55-64 in 2007 and 2012 and in comparison to the total working-age population in 2012



Projections of public pension expenditure as a share of GDP from 2015 to 2050



Staaten in der Zeit nach der Krise leicht zugenommen hat, wenn man die Resultate von 2012 mit denen von 2007 vergleicht.

Dieser Bericht beschränkt sich nicht auf blosse Statistiken. Er vergleicht auch die Politik, zum Beispiel im Bereich der Kommunikation. Diesbezüglich unterstreicht die Publikation die Bedeutung der Kommunikationsbemühungen hinsichtlich der zunehmenden Tendenz, verstärkt Rentensysteme zu entwickeln, die auf den Beiträgen der Leistungsberechtigten basieren und in denen die privaten Renten immer mehr eine erstrangige Rolle übernehmen müssen. Es wird daher von zentraler Bedeutung sein, dass man in präziser und verständlicher Weise erklären kann, mit welcher Ungewissheit diese komplexen Systeme verbunden sind, und welches die Hypothesen sind, die vertrauenswürdige Projektionen erlauben. Das ist ein Beispiel für die Rolle der OECD beim Erfahrungsaustausch guter Praktiken in einem Bereich, wo alle bessere Lösungen suchen, und niemand bisher das ideale System gefunden hat.

> Inhaltsverzeichnis

06. Stark gesunkene Gesundheitsausgaben in der Wirtschaftskrise «Health at a Glance: Europe 2014»

Die Gesundheitsausgaben können als Indikator der allgemeinen Wirtschaftslage dienen. Dies wird durch die unten stehende Grafik der Ausgabenentwicklung der letzten Jahre veranschaulicht. Zu den Gesundheitsausgaben gehören gemäss OECD-Publikation die öffentlich und privat finanzierten medizinischen Dienstleistungen und Güter, öffentliche Gesundheits- und Präventionsprogramme sowie Verwaltungskosten, wobei nicht präzisiert wird, ob auch privat finanzierte Verwaltungskosten eingeschlossen sind. Die Gesundheitsdienste werden in Europa mindestens zur Hälfte vom Staat finanziert, in vielen europäischen Ländern beträgt der Anteil wesentlich mehr. Trotz einer gewissen Unschärfe der OECD-Analyse ist die generelle Auswirkung der Krise auf die Gesundheitsausgaben deutlich auszumachen.

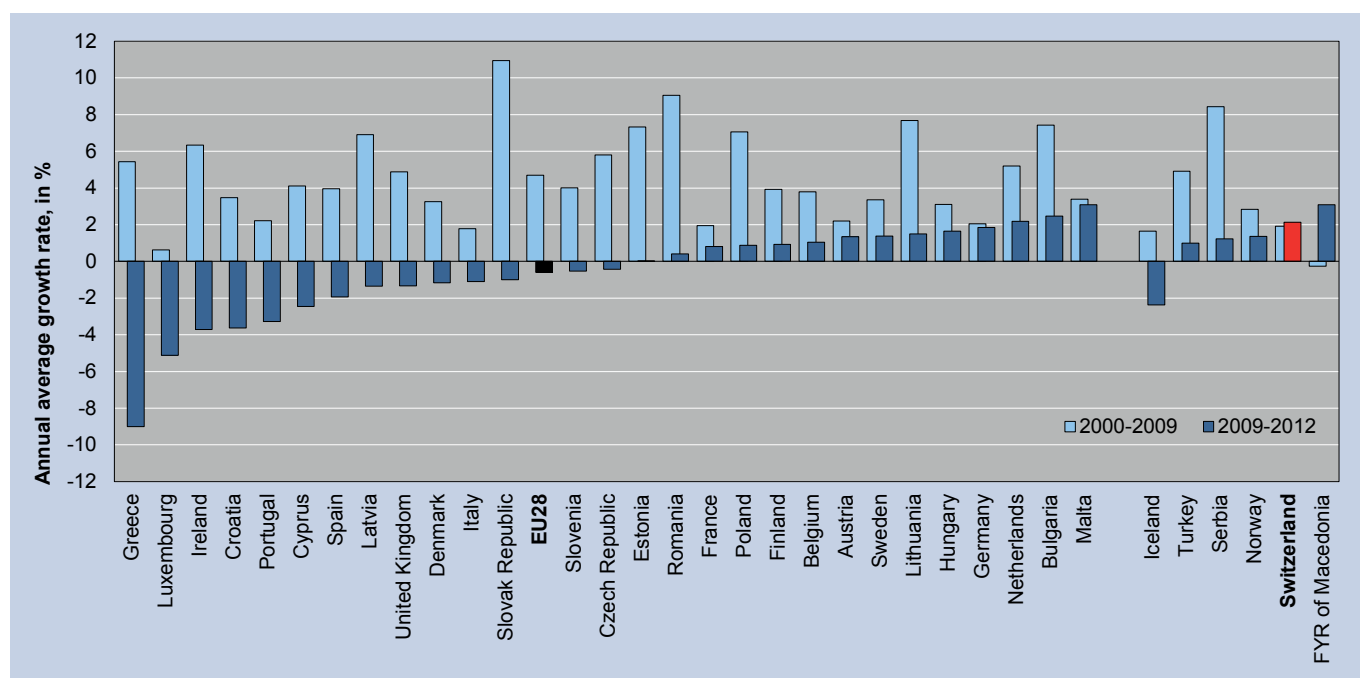
Vor dem Krisenbeginn waren die Gesundheitsausgaben in Europa kontinuierlich gestiegen. Mit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 begannen diese Ausgaben zunächst zu stagnieren. 2009 konnte das Niveau von den Regierungen noch gehalten werden. Zwischen 2009 und 2012 aber haben die Hälfte der Staaten der Europäischen Union (EU) ihre Ausgaben in signifikanter Weise

gekürzt, während die übrigen EU-Länder die Zunahme ihrer Ausgaben stark bremsen mussten. Ausserhalb der EU mussten sich einzig zwei europäische Länder dieser Entwicklung nicht anpassen: die Schweiz und Mazedonien. In den Jahren 2010 und 2011 sind aufgrund der staatlichen Haushaltsdefizite grosse Kürzungen im öffentlichen Gesundheitssektor vorgenommen worden.

In vielen westeuropäischen Ländern hat sich die Lage seit 2012 stabilisiert. Im südlichen Europa (Griechenland, Italien, Portugal und Spanien) und in zentraleuropäischen Ländern (Ungarn, Tschechische Republik) geht der Rückgang hingegen weiter. Die Wirtschaftskrise hat in Europa voraussichtlich eine starke Veränderung der Struktur der Gesundheitsversorgung und des Marktes der Dienstleistungen im Gesundheitssektor bewirkt. Inwiefern mit einer Fortsetzung der Tendenz zu rechnen ist, oder ob die Wirtschaftskrise mittels einer erzwungenen Neuausrichtung auch positive Auswirkungen gehabt haben könnte, ist der OECD-Publikation (leider) nicht zu entnehmen.

> Inhaltsverzeichnis

Annual average growth rate in per capita health expenditure, real terms, 2000 to 2012 (or nearest year)



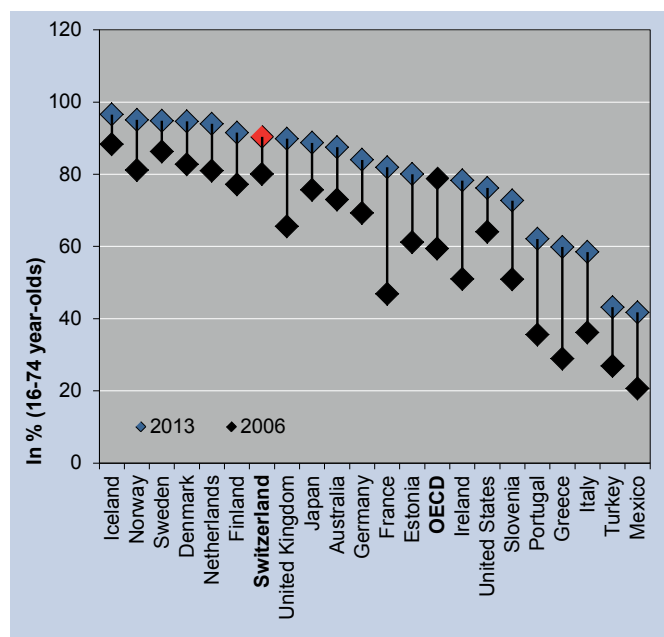
07. Digitale Wirtschaft: ein Graben zwischen Generationen und geografischen Zonen «Measuring the Digital Economy: a New Perspective»

Die wachsende Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) hat unsere Gesellschaften in wenigen Jahrzehnten grundlegend verändert. Von dieser Feststellung ausgehend bietet der Bericht «Measuring the Digital Economy» eine vergleichende Studie der in den OECD-Ländern erzielten Fortschritte an, zudem aber auch wichtige qualitative und quantitative Informationen zur Verbesserung der öffentlichen Politik im Bereich der digitalen Wirtschaft.

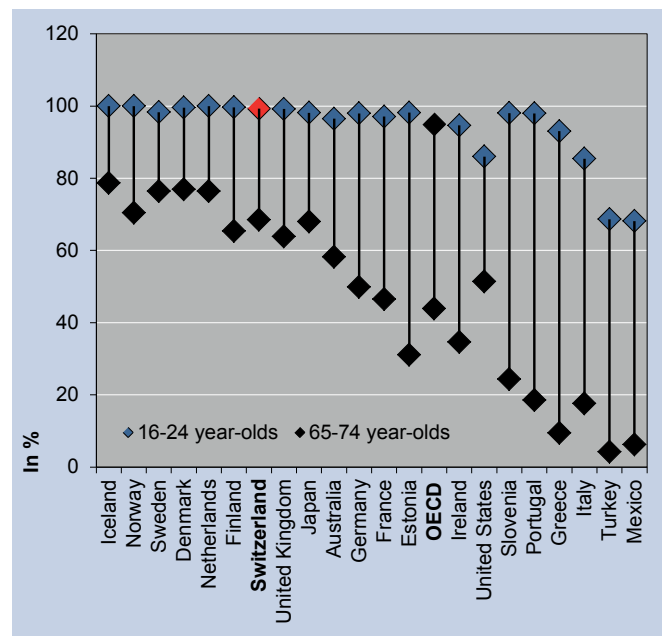
Diese Studie liefert hauptsächlich Angaben zur Bedeutung der digitalen Wirtschaft für das Wachstum und die Innovation. So schätzt man, dass ein Drittel der 2014 registrierten Patente den Sektor IKT betreffen. Zwischen 2009 und 2012 haben die Unternehmen dieses Sektors die Krise im Vergleich besser überstanden. Zudem ist der Anteil der neu gegründeten Unternehmen, die überleben, höher als im Durchschnitt, und auch die Beschäftigung hatte in diesem Sektor in den letzten Jahren weniger zu leiden. Es bestätigt sich also, dass die digitale Wirtschaft ein vielversprechender Sektor für die Volkswirtschaften ist.

Es ist keine Überraschung, wenn die Studie auch von einer sehr bedeutenden Zunahme beim Zugang zu den IKT und bei ihrer Verwendung spricht. Zwischen 2005 und 2013 ist beispielsweise der Anteil der Internet-Nutzer in allen OECD-Ländern von durchschnittlich 60% auf 80% (siehe Grafik links) gestiegen. Allerdings können solche Sta-

Differences by country in Internet usage trends, change between 2006 and 2013



Internet usage trends by age groups in 2013, 16-24 vs. 65-74 year-olds



tistiken über die Nutzung der IKT auch starke Unterschiede verdecken, die mit der geografischen Lage, der Generation oder dem Qualifikationsniveau zusammenhängen. So beträgt in den skandinavischen Ländern und in der Schweiz der gesamte Anteil der Internet-Nutzer aller Generationen mehr als 90%, aber wenig mehr als 40% in der Türkei oder in Mexiko. Wenn man zudem den Faktor der Generation berücksichtigt, wächst der Graben zwischen den Ländern noch weiter. Bei den Personen zwischen 65 und 74 Jahren schwankt der Anteil von 80% in Island bis unter 5% in der Türkei (siehe Grafik oben). Die Schweiz liegt in der OECD mit 68.5% an siebter Stelle. Als letzter Faktor ist das Niveau der Qualifikation zu nennen: 60% der Arbeitnehmer sind der Ansicht, dass ihre Informatik-Kenntnisse nicht ausreichen, um eine neue Stelle zu finden. Ihr Anteil erreicht 80% bei Personen mit niedriger Qualifikation, beträgt aber nur 40% bei den am besten qualifizierten. Die OECD bleibt jedoch zuversichtlich für die Zukunft: Dank der sinkenden Preise für den Zugang zu den IKT und der zunehmenden Alterung der Generationen, die mitten in der digitalen Revolution auf die Welt gekommen sind, werden diese starken Unterschiede langsam verschwinden.

09. Weitere Publikationen

«*Education Policy Outlook 2015*»

Paris, 19. Januar 2015

«*ITF Transport Outlook*»

Paris, 27. Januar 2015

«*Metropolitan Century: Understanding Urbanisation and its Consequences*»

Paris, 18. Februar 2015

«*Fit Mind, Fit Job : from Evidence to Practice in Mental Health and Work*»

Paris, 4. März 2015

«*The ABC of Gender Equality in Education: Aptitude, Behaviour, Confidence*»

Paris, 5. März 2015

10. OECD-Kalender

World Water Day

Paris, 22. März 2015

OECD Integrity Week 2015

Paris, 23.-26. März 2015

Global Forum on Development

Paris, 1. April 2015

World Economic Forum on East Asia 2015

Jakarta, 19.-21. April 2015